

An den Ausschussvorsitzenden  
Michael Paetzold

An die Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**Thomas Hegenbarth**

**Lisa Gerlach**

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 31.10.2018

**AN/1514/2018**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Soziales und Senioren	06.11.2018

**Psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen in Köln**

Sehr geehrter Herr Paetzold,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragstellerinnen bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren zu setzen:

Viele Flüchtlinge brauchen nach Einschätzung von Expert\*innen dringend psychologische Betreuung. Traumatische Erfahrungen wie Krieg, Verlust und Lebensgefahr in Herkunftsländern oder auf der Flucht können zu psychischen und körperlichen Krankheiten führen. Seit Jahren warnen u.a. Ärzt\*innen, dass viele Geflüchtete unter Angstzuständen und Depressionen litten, deren Nicht-Behandlung zu gravierenden Langzeitschäden und -folgen führen könne. Die Universität Erlangen-Nürnberg stellte am 18. Oktober 2018 ihre Studienergebnisse vor, dass fast jeder dritte syrische Flüchtling, der an der Studie teilgenommen habe, psychisch erkrankt sei. Viele litten an einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), Depressionen oder einer generalisierten Angststörung.<sup>1</sup> In einer Pressemitteilung vom 30.10.2018 machte die „Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAFF)“ auf die repräsentative AOK-Studie zur Gesundheit von Flüchtlingen aus den wichtigsten Herkunftsländern Syrien, Afghanistan und Irak aufmerksam. Rund 75 Prozent von ihnen hätten unterschiedlichste Formen von Gewalt erlebt, so ein Ergebnis der Studie. Rund 40 Prozent der für die Studie befragten Menschen hätten zudem Anzeichen einer depressiven Erkrankung gezeigt.<sup>2</sup>

Verschiedene Berufsverbände im Gesundheitswesen prangern seit Jahren an, dass die Möglichkeit

<sup>1</sup> [https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/98605/Fast-jeder-dritte-syrische-Fluechtling-psychisch-krank?fbclid=IwAR2RjF5B\\_DJKf8oIOZ5MBih1S0mprVbk6cqJJYSGSONKvas9\\_MYZ0CLYBZY](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/98605/Fast-jeder-dritte-syrische-Fluechtling-psychisch-krank?fbclid=IwAR2RjF5B_DJKf8oIOZ5MBih1S0mprVbk6cqJJYSGSONKvas9_MYZ0CLYBZY)

<sup>2</sup> <http://www.baff-zentren.org/news/aok-studie-fordert-ausbau-des-psychotherapeutischen-angebots-fuer-gefluechtete/>

der Inanspruchnahme und Finanzierung von Psychotherapien für Menschen mit Fluchterfahrung beschränkt sei und vom Aufenthaltsstatus der Betroffenen abhängt. Zudem würden die Kosten für Dolmetscher\*innen, deren Einsatz insbesondere für eine Psychotherapie unerlässlich sei, von den Krankenkassen nicht erstattet. Die Bundesärztekammer (BÄK) forderte zuletzt am 06.04.2018, den Zugang zu einer menschenwürdigen Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. Flüchtlinge sollten unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status den Zugang zu einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung erhalten. Köln gehört zu den Kommunen in Deutschland, die für Geflüchtete eine Gesundheitskarte eingeführt haben. Laut AOK-Studie berichteten Studienteilnehmer mit Gesundheitskarte deutlich häufiger von einer Verbesserung ihres Gesundheitszustandes als Patienten mit Behandlungsschein.

Es erscheint mehr als fraglich, ob die durch Spenden gestützten Psychosozialen Zentren, die die Landesregierung in NRW finanziell unterstützt, diesen enormen Bedarf erfüllen können.

**Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:**

1. Wie hoch schätzt die Stadtverwaltung den Bedarf an Hilfsangeboten für psychisch erkrankte Menschen mit Fluchterfahrung in Köln ein?
2. Wie ist die psychologische Betreuungssituation für Geflüchtete in Köln, und reichen die Angebote aus? Gibt es Wartelisten?
3. Welche Kenntnisse hat die Stadtverwaltung darüber, wie die Betreiber die psychosoziale Betreuung in den Unterkünften sicherstellen und ob die Betreiber z. B. Integrations- und Sprachmittler oder Dolmetscher einsetzen?
4. Wie schätzen die zuständigen Ämter und Träger die Langzeitfolgen ein, die aus der Nicht-Behandlung von psychischen Erkrankungen von geflüchteten Menschen entstehen?
5. Wie wirkt sich der Einsatz der elektronischen Gesundheitskarte auf die psychologische Gesundheitsversorgung von geflüchteten Menschen in Köln aus?

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach